
Radar-Opfer

Verstrahlt und vergessen

Auch in Bayern arbeiteten in den 60er- und 70er -Jahren Bundeswehrsoldaten an unzureichend abgeschirmten Radargeräten, unter anderem in Landsberg, Kaufbeuren und Lenggries. Einer der rund 200 Geschädigten ist der ehemalige Hauptmann Heinz Dankenbring aus Kaufbeuren. Er leidet an Krebs - und dem zermürbenden Papierkrieg im Streit um eine Entschädigung.



Der 67-jährige Dankenbring hat einen langen Leidensweg mit mehreren Operationen hinter sich. Seine Krebserkrankung ist nicht ausgeheilt, immer wieder muss er ins Krankenhaus. Trotzdem führt er seit Jahren einen Papierkrieg, in dem es um ärztliche Gutachten geht. Außerdem versucht er, die Strahlungen zu rekonstruieren, denen er während seiner Dienstzeit ausgesetzt war. Ein

Messprotokoll der Deutschen Bundespost aus den 50er-Jahren gibt ihm Recht. Dort wird empfohlen, die Arbeit an den Radargeräten aufgrund der extremen Strahlendosis auf ein Minimum zu reduzieren. Solche Warnungen blieben bei der Bundeswehr allerdings unbeachtet.

Kampf um die Gerechtigkeit

Jetzt, so fürchten viele der ehemaligen Soldaten, will die Bundeswehr das Problem offenbar "aussitzen". Mit einer spektakulären Protestaktion vor dem Berliner Bundeskanzleramt und einem vielbeachteten Gerichtstermin in Bonn haben ehemalige Radarsoldaten der Bundeswehr in der vergangenen Woche einmal mehr versucht, auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Viele von ihnen leiden heute an Krebs, zahlreiche Soldaten sind bereits gestorben.

Tatsächlich wird der Kreis der Betroffenen von Woche zu Woche kleiner. Bei der Protestaktion hatten sich die Soldaten um den Sarg eines unlängst an Krebs gestorbenen, 51-jährigen Kameraden versammelt. Bei ihrem Kampf um Entschädigung geht es den Soldaten nicht allein ums Geld. Was sie wollen, ist vor allem Gerechtigkeit.

Sie führen ihre Erkrankungen auf die Röntgenstrahlung zurück, der sie während ihrer Dienstzeit an den Radargeräten der Bundeswehr und NVA ausgesetzt waren. Seit Jahren kämpfen sie um eine Entschädigung. Zwei Drittel der insgesamt 3.000 Anträge von Betroffenen sind vom Verteidigungsministerium allerdings noch immer nicht bearbeitet worden oder bereits abgelehnt. Jetzt hat der erste Schadensersatz-Prozess vor dem Landgericht in Bonn begonnen.

☞ Quelle: **Bayernchronik**